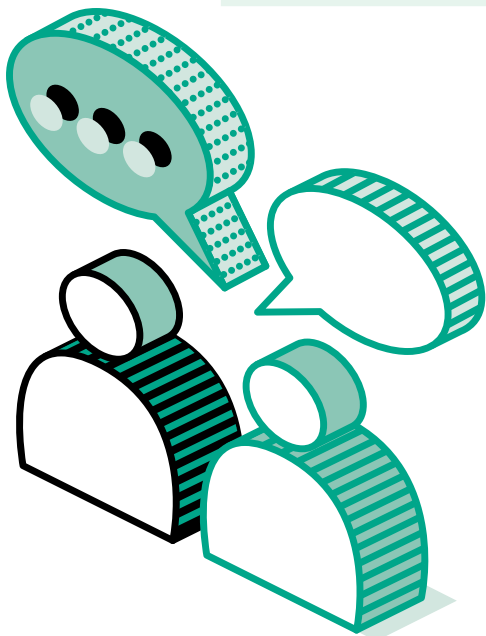


Neue Führung

Mitten im Geschehen

Der neue WKÖ-Abteilungsleiter Jürgen Streitner übernimmt das Szepter vom langjährigen Experten Stephan Schwarzer in einer Phase, wie sie intensiver nicht sein kann: Corona, Klimaneutralität, Green Deal, Fit for 55, UVP und Einwegpfand inklusive.

Mag. Jürgen Streitner, Jahrgang 1984, gestaltet seit 1.10.2021 als frischgebackener Abteilungsleiter eine wichtige Schaltstelle in der Wirtschaftskammer Österreich federführend mit, die Umwelt- und Energiepolitik. Der diplomierte Betriebswirt an der Grazer Karl-Franzens-Universität mit Auslandsaufenthalt in Polen, Thailand und den USA kommt ursprünglich aus dem Traineeprogramm der Industriellenvereinigung. Nach zwei Jahren wechselte er ins Wirtschaftsministerium, wo er zunächst die Task Force Klima übernahm, bevor er Leiter der Abteilung Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Klimapolitik im Wirtschaftsministerium wurde. Zuletzt leitete er die Grundsatzabteilung Energiewende und Sektorkopplung im Klimaschutzministerium (zuvor Nachhaltigkeitsministerium).



ÖKO+: Wie geht es Dir als Leiter der WKÖ-Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik? Bist Du schon „angekommen“?

Jürgen Streitner: Mir geht's gut. Ich fühle mich in der Fülle der Themen und Tätigkeiten sehr wohl. Es sind zwar erst einige Wochen, aber ich fühle mich mitten im Geschehen. In den ersten Wochen ist viel passiert: Die AWG-Novelle wurde beschlossen und ein Gesetz über eine CO₂-Bepreisung in Begutachtung geschickt. Darüber hinaus wird das UVP-Gesetz intensiv diskutiert, da ein Vorschlag für eine Novelle im Klimaschutzministerium in Vorbereitung ist. Das Klimaschutzministerium hat eine Arbeitsgruppe zur Verfahrenseffizienz eingerichtet. Ich sehe das auch als einen Erfolg der Wirtschaftskammer.

Du erlebst gerade das Thema Generationswechsel hautnah mit, wie stehst Du dazu?

Einerseits geht es natürlich darum, das Bewährte mitzunehmen und auszubauen. Die Voraussetzungen dafür sind bestens, denn mein langjähriger Vorgänger Stephan Schwarzer hat mich sehr gut und rechtzeitig eingebunden. Andererseits bedeutet Generationswechsel natürlich auch, dass man da oder dort andere Wege geht, das gehört zwangsläufig dazu, alles gleich weiterzumachen ist nicht der Sinn der Sache.

Deine bisherige Tätigkeit war klima- und energiefokussiert. Jetzt umfasst Dein Spektrum die gesamte Umweltpolitik wie Abfall, Wasser, Luft, Chemie, Biodiversität, Anlagenrecht und vieles mehr. Wie geht es Dir mit diesem riesigen Strauß an neuen Themen?

Das war für mich ein wichtiger Grund, die Herausforderung in der WKÖ anzunehmen. Die Breite der Themen in dieser Abteilung ist sehr spannend. Ich komme von der Energie-Seite, und ich merke einfach, dass es zwischen all den Themenbereichen Zusammenhänge gibt, die wir im Sinne eines effizienten Transformationspfades mitbetrachten müssen. Jetzt sehe ich beispielsweise noch deutlicher, wie wichtig effiziente und beschleunigte Genehmigungsverfahren sind, um eine Dekarbonisierung in diesem kurzen, aber notwendigen Zeitrahmen zu erreichen. Maßnahmen am Weg zur Kreislaufwirtschaft sind nicht nur eine Frage von Ressourceneffizienz, sondern bieten auch große Potenziale zur CO₂-Reduktion. Die Dinge hängen alle zusammen, mir gefällt es sehr, hier einen Gesamtüberblick zu haben.

Was kannst Du vom Wirtschafts- und späteren Nachhaltigkeits- bzw. Klimaschutzministerium hierher in die WKÖ mitnehmen?

Ein Ministerium ist ja auch ein eigenes Biotop. Mein Verständnis, wie Verwaltungsabläufe funktionieren, wie ein Ministerium tickt, das ist etwas, was ich mitnehmen



kann. Dazu gehören auch die Menschen dort, meine zahlreichen Kontakte, und das Wissen über die unterschiedlichen Kulturen verschiedener Ministerien, in denen ich aufgrund mehrerer Regierungswechsel und Umstrukturierungen war (Anm.d.Red.: 2017 kam die Energiesektion des Wirtschaftsministeriums zum Umweltministerium, später unter grüner Führung wurde dieses zum Klimaschutzministerium inklusive der Agenden für Verkehr und Infrastruktur). Ich denke, das hilft mir schon sehr bei der jetzigen Arbeit.

Gibt es eine Veränderung gegenüber Deinen früheren Kollegen in den Ministerien?

Nein. Ich gehe davon aus, dass ich auch in meiner neuen Rolle weiterhin gut mit dem Klimaschutzministerium zusammenarbeite, in einigen Bereichen hoffe ich den Austausch auch zu vertiefen.

Wir erleben gerade eines der größten Energie- und Klimapakete der EU aller Zeiten, den European Green Deal mit seinem Kernthema „Fit for 55“. Was findest Du daran gut, was weniger?

Wir leben in einer sehr spannenden Zeit, in der wir eine Transformation des Energie- und Wirtschaftssystems mitgestalten können. Gut ist, dass die Antwort auf die Frage nach dem „Wo wollen wir hin?“ außer Streit steht – der Fokus muss nun klar auf der Umsetzung und den Maßnahmen liegen. Und dabei gefällt mir weniger gut, dass Anspruch und Wirklichkeit noch weit auseinanderliegen. Die nötigen Maßnahmen sind noch nicht da, damit die ambitionierten Ziele erreichbar sind. Allen voran fehlen Maßnahmen für neue Finanzierungsmechanismen und die Beschleunigung von Genehmi-

„Ein Ministerium ist ja auch ein eigenes Biotop.“

gungsverfahrens. Wir müssen darauf achten, dass wir die Zielerreichung nicht durch Technologiebeschränkungen unnötig verzögern: Bei neuen Technologien, wie beispielsweise CO₂-Abscheidung und CO₂-Wiederverwendung oder auch bei der Anwendung von Wasserstoff sollte der Markthochlauf nicht durch massive Einschränkungen bei der Anwendung oder Anrechnung erschwert werden. Auch im Verkehrssektor lohnt es sich, technologieoffen zu sein. Wir werden alle Technologien brauchen, um in dieser kurzen Zeit klimaneutral zu werden. Die Wirtschaft bietet die Lösungen. Wir müssen gemeinsam mit der Politik kontinuierlich daran arbeiten, dass wir die Lösungen auch nutzen. Nur so können wir die ambitionierten Ziele auch erreichen.

Jürgen Streitner zu „Fit for 55“:

„Gut ist, dass die Antwort auf die Frage nach dem ‚Wo wollen wir hin?‘ außer Streit steht.“

Gibt es unter den „Fit for 55“-Dossiers ETS, Effort Sharing, CBAM, RED, EED ein für Dich aus Wirtschaftssicht besonders auffälliges?

Den größten Diskussionsbedarf sehe ich bei einem CBAM (Anm.d.Red.: Carbon Border Adjustment Mechanism). Das ist ein komplett neues Instrument, für das es kein Vorbild gibt. Die Idee an sich ist ja eine gute, durch Abgaben für Produkte an den Außengrenzen der EU zu versuchen auch andere Länder zu mehr Klimaschutz zu motivieren. Da gibt es allerdings auch viel Unsicherheit: Wie werden andere Staaten darauf reagieren? Gibt es Retorsionsmaßnahmen? Wie wird eine WTO-Konformität sichergestellt? Bietet ein CBAM in der vorgeschlagenen Form ausreichend Schutz gegen Carbon Leakage? Letztere Frage kann klar mit Nein beantwortet werden, da ein CBAM die Nachteile im Wettbewerb bei europäischen Exporten nicht ausgleichen kann. Gerade als exportorientiertes Land müssen wir darauf ganz besonders achten. Besser wäre es für Klima und Wirtschaft, einen CBAM in einem Klimaklub mit anderen Wirtschaftsräumen zu forcieren, um die Freerider im Klimaschutz einzufangen. Europa allein? Das wird eher schwierig werden.

„Ein CBAM kann die Nachteile im Wettbewerb bei europäischen Exporten nicht ausgleichen. Besser wäre es, einen CBAM in einem Klimaklub mit anderen Wirtschaftsräumen zu forcieren, um die Freerider im Klimaschutz einzufangen.“

Der Erneuerbarenausbau hat in Österreich in den letzten zehn Jahren für viel Aufwand wenig Zuwachs ergeben. Wie soll sich das neue EU-Ziel, das gerade von 32 auf 40 Prozent bis 2030 erhöht wird, ausgeben?

Ich glaube, in den letzten Jahren ist ein Fehler passiert: Der Fokus war bisher fast ausschließlich auf Strom gerichtet. Ja, hier gibt es noch viel Potenzial, das wir auch nutzen müssen, um die Elektrifizierung voranzutreiben. Allerdings kenne ich kein Szenario, bei dem der Anteil von Strom auf deutlich über 50 Prozent kommt. Daher müssen wir mit klimaneutralen Gasen und Kraftstoffen auch die jetzt fossilen Moleküle dekarbonisieren. 90 Terawattstunden Gasverbrauch sind nicht so leicht zu ersetzen: Wir brauchen Wasserstoff und grünes Gas, gerade in jenen Bereichen, die nicht elektrifizierbar sind. Beides wurde bisher vernachlässigt.

Du warst ja selbst als Ministeriumsvertreter bei einigen UN-Klimakonferenzen dabei, etwa auch in Paris 2015. Was erwartest Du Dir von der gerade laufenden COP 26 (Interviewdatum 10.11.2021) in Glasgow?

Jetzt gilt es in Glasgow die NDCs, die Nationally Determined Contributions erstmals nach Paris 2015 nachzuschärfen. Nicht nur die EU, sondern alle Vertragsstaaten sind aufgerufen, ein Update ihrer NDCs zu bringen. Deren Vergleichbarkeit ist aber leider kaum gegeben, und weder USA noch China haben bis dato starke Ambitionen zur Nachschärfung gezeigt, wie die EU das mit 55 Prozent bis 2030 gemacht hat. China hat angekündigt, keine Kohlekraftwerke im chinesischen Ausland zu bauen. Indien möchte bis 2070 klimaneutral werden. Diese Ansagen sind für uns zwar nicht vollkommen zufriedenstellend, aber immerhin kommen wir derzeit laut Internationaler Energieagentur auf 1,8 Grad Temperaturerhöhung, bleiben also unter dem 2-Grad-Ziel. Skeptisch bin ich aber deswegen, weil wir sehr viel über Zielsetzungen reden, aber die konkreten Maßnahmen ausbleiben. Das „Paris Agreement“ ist darüber hinaus zu unverbindlich, und es gibt keine Sanktionen. Das wird auch so bleiben. Wir müssen in Europa also weiterhin kritisch bewerten, wie exponiert die Wirtschaft und die Industrie Österreichs im



„Wir brauchen Wasserstoff und grünes Gas, gerade in jenen Bereichen, die nicht elektrifizierbar sind.“

internationalen Umfeld unter diesen Umständen sind. Wichtig wäre es, die NDCs vergleichbarer zu machen und vor allem auch einen Plan mit Maßnahmen mitzuliefern, wie man diese Ziele auch tatsächlich erreichen will. Daran hapert's leider sehr.

Was planst Du für den Klimabereich in Österreich?

Ich möchte in einen aktiven Dialog mit all jenen gehen, die bereit sind, etwas umzusetzen. Wir müssen uns faktenbasiert darüber unterhalten, was die Wirtschaft als Ermöglicher der Klimaneutralität beitragen kann und was wir dafür benötigen. Dialog und Verständnis für verschiedene Seiten und Positionen sind ganz zentral, ebenso ein Verständnis dafür was es für Klimaneutralität braucht: Angefangen von adäquaten und neuen Finanzierungsmechanismen, etwa Carbon Contracts for Difference, wie sie in Deutschland gerade entwickelt werden und bei denen klimafreundliche Technologien eine Chance bekommen gegenüber herkömmlichen Technologien wettbewerbsfähig zu werden. Wir müssen über internationale Energiekooperationen reden, auch in Zukunft werden wir einen

gewissen Anteil an Energie importieren müssen. Das alles können wir nur gemeinsam im Dialog schaffen. Am Ende des Tages sind es schließlich die ganz konkreten Projekte, die wirklich etwas beitragen. Dafür muss die Politik rasch Rahmenbedingungen entwickeln, damit Projekte entstehen, die uns helfen, rasch und verträglich zu sinnvollen Veränderungen zu kommen.

„Ich möchte in einen aktiven Dialog mit all jenen gehen, die bereit sind, etwas umzusetzen. Wir müssen uns faktenbasiert darüber unterhalten, was die Wirtschaft als Ermöglicher der Klimaneutralität beitragen kann und was wir dafür benötigen.“

Apropos Konflikt und österreichische Klimapolitik: Klimaschutzgesetz und Erneuerbare-Wärme-Gesetz inklusive Gasheizungsverbot bis 2035, wo stehen wir da gerade aus Deiner Sicht?

Wir drehen uns im Kreis, weil der faktenorientierte Zugang noch stark fehlt. Raus aus Gas in der Raumwärme kann man postulieren, aber man muss sich insgesamt die Konsequenzen überlegen. 18 Prozent des Gasverbrauchs gehen in die Raumwärme, der Rest wird von Gewerbe und Industrie verbraucht. Wenn man die Haushalte mit 900.000 Zählpunkten vom Gasnetz nimmt, erhöhen sich die Netztarife massiv. Das erschwert es übrigens auch, das grüne Gas in die Netze zu bekommen. Es braucht also hier dringend ein Gesamtkonzept, der Fokus auf Raumwärme ist zu kurz gedacht.

Jürgen Streitner zum Gasheizungsverbot:

„Raus aus Gas in der Raumwärme kann man postulieren, aber man muss sich insgesamt die Konsequenzen überlegen.“

Verkehr und Gebäude sind die Sorgenkinder der heimischen Treibhausgasbilanz. Wie beurteilst Du die Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung, also die E-Mobilitätsförderung bzw. thermische Sanierung und den Heizungstausch? Sind die richtigen Schwerpunkte gesetzt oder fehlt etwas?

Bei der thermischen Sanierung haben wir die Förderungen immer stark unterstützt, das Dotierungsvolumen ist mittlerweile auf einem guten Niveau. Noch mehr

Chancen sehe ich in der energetischen Sanierung: Haustechnik, Digitalisierung, Energieeffizienz – also beim Management der Energieströme. Bei der Mobilität darf man sich auf keinen Fall auf die reine Lithiumbatterie, also die E-Mobilität beschränken. Die jetzt fossil betriebenen Verbrennungsmotoren in der Bestandsflotte müssen wir auch dekarbonisieren, sprich E-Fuels und ähnliches einsetzen. Auch beim Schwerkverkehr und bei den Schiffen werden wir andere Antriebsformen brauchen. Bei Wasserstofftankstellen sieht es in Österreich noch schlecht aus, besser ist es bei den Ladesäulen. Aber auch hier müssen wir konsequent Hemmnisse abbauen um die erforderte Infrastruktur in kurzer Zeit errichten können.

Auch das Energieeffizienzgesetz (EEffG) kommt unweigerlich als Novelle auf die Wirtschaft zu.

Wo siehst Du die Knackpunkte?

Der größte Knackpunkt ist die Aufteilung zwischen strategischen Maßnahmen und einer Lieferantenverpflichtung. Die jetzige Bundesregierung hat beschlossen, ein Lieferantenverpflichtungssystem auch weiterhin beizubehalten. Das ist zu respektieren, allerdings liegen die großen Energieeffizienzpotenziale bei strategischen Maßnahmen. Denken wir an den öffentlichen Verkehr, an die Schieneninfrastruktur für Güterbeförderung etc. Das sind Maßnahmen, die nicht über die Lieferantenverpflichtung erreicht werden. Das muss über staatliche Maßnahmen, Infrastrukturausbau, Digitalisierung etc. passieren.

Jürgen Streitner zum EEffG:

„Die jetzige Bundesregierung hat beschlossen, ein Lieferantenverpflichtungssystem auch weiterhin beizubehalten. Das ist zu respektieren, allerdings sind die großen Energieeffizienzpotenziale ganz sicher außerhalb des Lieferantenverpflichtungssystems.“

Die Energiepreise machen gerade heftige Bocksprünge nach oben. Das beunruhigt die Menschen in Bezug auf Heizen und Mobilität. Wie siehst Du Österreichs Wirtschaft für diese Situation gerüstet?

Beim Anstieg der Energiepreise spielen die verschiedensten Faktoren mit. Mitdenken müssen wir, dass die Investitionen in fossile Energien zurückgehen und dies in den nächsten Jahren zu verstärkter Preisvolatilität führen wird. Aufgrund zurückgehender Investitionen kann der Markt auch nicht mehr so flexibel

reagieren. Einerseits sind das ja richtige Signale, andererseits hat es Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, mit denen wir vor ein paar Jahren nicht gerechnet haben. Die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energieträgern zu leistbaren Preisen muss eine hohe Priorität haben. Kurzfristig sollte Unternehmen die Möglichkeit gegeben werden, durch netzdienliches Verhalten Energiekosten zu sparen und dabei gleichzeitig einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Man wird sich auch anschauen müssen, welche beihilfenrechtlichen Mittel zur Verfügung stehen, um in einer Hochpreisphase die Unternehmen zu unterstützen. In erster Linie fällt mir die Strompreiskompensation ein, also ein Ersatz für die CO₂-Kosten der Stromerzeugung, die die Industrie zusätzlich tragen muss und das sogenannte „indirekte Carbon Leakage“ verursachen. Diese Kompensation gibt es bereits in 15 EU-Ländern. In Österreich jedoch nicht. Ich hoffe, das wird sich in Zukunft ändern. Auch die Energiesteuerrückvergütung ist ein wichtiges Thema. Diese ist essenziell und sie zur Debatte zu stellen, ist nicht hilfreich für den Standort.

Wie siehst du das Energieinstitut der Wirtschaft?

Was planst Du für die Zukunft?

Generell können wir an wissenschaftlicher Breite in Österreich durchaus zulegen. Das von der WKÖ gegründete Energieinstitut der Wirtschaft (EIW) leistet dazu einen wertvollen Beitrag und macht eine gute Arbeit. Ich möchte einen Schwerpunkt setzen, diese Arbeit noch besser unter die Leute zu bringen und so dem Institut das Renommee zu geben, das es auch verdient. Themen und Aufgaben gibt es genug, es gilt das Institut stärker aufzustellen.

Seit beinahe zwei Jahrzehnten bietet die WKÖ den Ausbildungslehrgang zum Europäischen Energiemanager (EUREM) an. Was ist das Geheimnis dieses Erfolgs?

Ich war beim Start des heurigen Lehrgangs dabei. Auffällig ist, dass die Teilnehmer vor allem aufgrund von Empfehlungen der Alumnis zu uns stoßen. Das zeugt davon, dass der EUREM einen sehr guten Ruf hat. Die Vortragenden haben ein hohes Niveau und das Energieeffizienzthema ist für Unternehmen ein wichtiges. Es ist ein Thema, bei dem die Unternehmen bereit sind zu investieren, weil es auch Kosten spart.

Zum Thema Abfallwirtschaft: Nach einigem Hin und Her wird es nun doch ein Einwegpfand im AWG geben. Worauf ist bei der Ausgestaltung Deiner Meinung nach zu achten?

Die AWG-Novelle beinhaltet eine Mehrwegquote und zusätzlich ein Einwegpfand ab 2025. Das ist ein Faktum. Im nächsten Schritt müssen wir gemeinsam mit der Politik ein System entwickeln, das eine praktikable Umsetzung ermöglicht. Die Politik muss die gesamte

Wirtschaft einbinden, weil die Betroffenheit sehr breit ist. Ob das nun der Würstlstand oder die Gastronomie ist, das Kino oder der Fleischer oder der große Supermarkt: Überall wird es Einwegpfand-Flaschen oder -Dosen geben. Dafür müssen wir uns ein sinnvolles System mit Rückgabestellen überlegen.

Jürgen Streitner zum Einwegpfand:

„Es wird nicht jeder Würstlstand Rückgabestellen einrichten können.“

Apropos Rohstoffe und Kreisläufe: Worauf sollte sich die österreichische Wirtschaft mit der neuen EU-Chemikalienstrategie vorbereiten?

Angefangen von der chemikalienrechtlichen Seite von Tattoofarben bis hin zur EU-Chemikalienstrategie mit den Kernelementen REACH und CLP bin ich von den starken Auswirkungen auf die unternehmerische Praxis – als bisher chemikalienpolitikferner Mensch – doch ein wenig überrascht. Bei den Desinfektionsmitteln während Covid ist das Thema auch sehr stark öffentlich geworden. Hauptanliegen muss es sein, die vielen KMU, die von dem Regelwerk betroffen sind, nicht zu überlasten und trotzdem den sicheren Umgang mit Chemikalien zu gewährleisten.

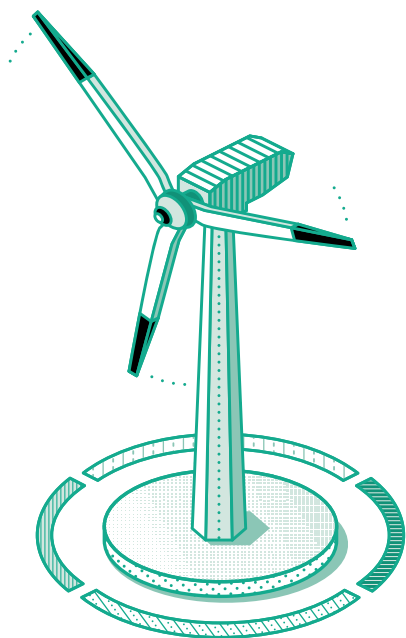
Welchen Stellenwert räumst Du dem Thema Verfahrensbeschleunigung auf Deiner Agenda ein?

Verfahrensbeschleunigung hat einen sehr hohen Stellenwert, insbesondere im Hinblick auf unsere Klimaziele. Ohne Genehmigungen können Unternehmen die erforderlichen Investitionen nicht tätigen. Es geht nicht darum die Qualität zu schmälern, sondern bei hoher Qualität zu schnelleren Ergebnissen zu kommen. Mit den derzeitigen Verfahrensdauern können wir die Klima- und Energiewende sicher nicht stemmen. Hier läuft uns die Zeit davon.

Jürgen Streitner zur UVP:

„Es geht nicht darum die Qualität zu schmälern, sondern bei hoher Qualität zu schnelleren Ergebnissen zu kommen.“

Der Schutz der Biodiversität gilt neben der Bekämpfung des Klimawandels als die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Beide Ziele stehen oft im Widerspruch zueinander, stehen sich im Weg. Wie kann man diesen Knoten lösen?



Letztlich geht es um eine Vereinbarkeit von ökonomischer Nutzung und Schutz der Biodiversität, deren Notwendigkeit niemand hinterfragt. Das Verhältnis zum Klimawandel ist gar nicht so leicht zu durchleuchten, weil Klimawandel ein globales Phänomen ist, Biodiversität hingegen tendenziell ein regionales. Grundsätzlich sollten Listen von geschützten Arten auch änderbar sein. Wenn eine Art nicht mehr schützenswert ist, soll sie auch gestrichen werden können. Und natürlich haben wir im Genehmigungsalltag das Problem, dass ein Windrad nicht gebaut werden darf, weil es eine bestimmte Vogelart gefährden soll. Damit müssen wir arbeiten und einen Ausgleich finden.

Klimaneutralität in Österreich 2040, wie stehst Du dazu?

Das Ziel ist äußerst ambitioniert. Damit wir auch nur eine Chance haben dies zu erreichen, müssen wir uns in Österreich zunächst strukturell besser aufstellen. Die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien, zwischen Bund und Ländern muss gestärkt werden, und es braucht eine gemeinsame Strategie wie und mit welchen Maßnahmen wir die Transformation wirtschaftlich verträglich umsetzen können.

Was Du immer schon sagen wolltest?

Ich hatte einen angenehmen Start in meine neue Herausforderung in der WKÖ. Das tolle Team der Abteilung hat mich sehr freundlich aufgenommen und ich schätze die hohe Expertise. Das Vertrauen der WKÖ-Leitung unterstützt mich dabei, unsere Anliegen aufzuzeigen und auch umzusetzen. Sehr spannend finde ich Kontakte mit unseren Mitgliedern, um zu verstehen, was die Bedürfnisse der Unternehmen in der Praxis wirklich sind. Letztlich wollen wir einen attraktiven Wirtschaftsstandort mitgestalten und gleichzeitig den Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben. ●



Mag. Axel Steinsberg MSc (WKÖ)

axel.steinsberg@wko.at